

Name: Stefan Löwl

Landratskandidat: Partei: CSU

1. Wie sehen Sie die Kapazität, in der im Landkreis Dachau Sozialwohnungen und Obdachlosenunterkünfte für betroffene BürgerInnen zur Verfügung stehen?

Die Unterbringung von Obdachlosen ist eine Aufgabe der Stadt Dachau und der Landkreisgemeinden. Aber auch der Landkreis hat ein eigenes Interesse an bezahlbarem Wohnraum sowie an Unterkünften für die kurzfristige Unterbringung, z.B. von Asylbewerbern. Zusammen mit 12 Gemeinden und der Sparkasse Dachau ist der Landkreis Gesellschafter einer Wohnungsbaugesellschaft, die sich vorrangig im sozialen Wohnungsbau engagiert und weit über 300 Wohnungen verwaltet. Die Neubautätigkeit in den letzten Jahren stagnierte mangels geeigneter Grundstücke. Eine Besonderheit ist das Wohnprojekt des Landkreises für Alleinerziehende und kinderreiche Familien, das ich weiter ausbauen möchte. Auch nach Auslauf der Sozialbindung stellt die Wohnungsbaugesellschaft mbH im Landkreis Dachau die Wohnungen zu günstigen Konditionen bedürftigen Personen zur Verfügung. Das soll auch so bleiben. Dafür setze ich mich nachdrücklich ein.

2. Wie planen Sie der wachsenden Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum gerecht zu werden?

Aus meiner Sicht kann diese Aufgabe nur durch eine intensivere, interkommunale Zusammenarbeit gelöst werden. Mein Ziel ist es, das im Projekt "Zwischen Dorf und Metropole" genannte, moderate und qualifizierte Wachstum zu beachten und durch die kluge Ausweisung von Neubauland und einer verträglichen Nachverdichtung Wohnraum zu ermöglichen, der zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt führt. Der Landkreis kann hier vor allem bei den Rahmenbedingungen (z.B. Anbindung an den ÖPNV, Koordination der Aktivitäten der Gemeinden) auch selbst tätig werden. Außerdem muss der Landkreis wieder verstärkt in den sozialen Wohnungsbau investieren und auch über Wohnungen für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachdenken. Die Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises kann hier eine tragende Rolle spielen.

3. Inwieweit ist die Nachfrage der BewohnerInnen im Landkreis nach Kinderbetreuungsangeboten gedeckt?

Bitte antworten Sie in %-Angaben, 100% bedeuten, dass noch Spielraum für Neuzuzüge oder Notfälle besteht.

Krippe	Die Zuständigkeit liegt bei Stadt und Gemeinden.
Kindergarten	Die Zuständigkeit liegt bei Stadt und Gemeinden.
Hort	Die Zuständigkeit liegt bei Stadt und Gemeinden.
Ganztagschule	Der Landkreis ist für die weiterführenden Schulen zuständig, das Angebot wird ausgebaut.

Soziale Dienste - Ambulante Pflegedienste - Essen auf Rädern - Fahrtendienst - Jugend- und Elternberatung -Kindergärten Nazareth und Arche Noah
Kinderkrippe Storchennest - Kinderhaus Mariä Himmelfahrt - Kontaktstelle für Menschen mit Behinderung - Treffpunkt 50+ - Schuldnerberatung
Sozialpsychiatrische Dienste

Träger: Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e. V., Hirtenstr. 4, 80335 München
Vorstand: Prälat Hans Lindenberg (Vorsitzender),
Wolfgang Obermair, Klaus Weißbach
Vorsitzende des Caritasrats: Dr. Elke Hümmeler

Eingetragen im Vereinsregister des
Amtsgerichts München: VR-Nr. 7706
Vom Finanzamt München für Körperschaften
als mildtätig und gemeinnützig anerkannt
Steuernr. 143/212/00223



Welche Änderungen oder Erweiterungen betreffend Kinderbetreuungsangebote planen Sie?

Der Landkreis als Arbeitgeber sollte eine Vorbildrolle einnehmen und am Landratsamt eine Kinderbetreuungseinrichtung/Krippe für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Weg bringen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Dies will ich mit Nachdruck angehen.

Auch der Ausbau der Ganztagschulen an den weiterführenden Schulen im Landkreis hat für mich höchste Priorität.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie um im Landkreis Dachau in Zukunft Bildungsgerechtigkeit für Kinder und Jugendliche unabhängig vom Elternhaus zu fördern? Wie und in welchem Zeitrahmen könnten diese praktisch umgesetzt werden?

Der Landkreis muss auch in Zukunft "Bildungslandkreis" sein: Dies bedeutet, wir brauchen gut erreichbare Schulangebote, Ganztagsangebote an allen Schulen mit pädagogischen Konzepten, die alle Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Elternhaus fördern. Auch die Klassengrößen sollten verringert werden, was bei den Raumplanungen zu berücksichtigen ist.

Die Ausweitung von Förder- und Beratungsangeboten an den Schulen, auch mit Jugendsozialarbeit, ist ein weiteres, zukünftiges Handlungsfeld, um allen Kindern und Jugendlichen eine bestmögliche Bildung zu ermöglichen.

Im Auge habe ich die gesamte Bandbreite des Schulangebots, vom Förderschulzentrum bis zu den Gymnasien.

Jedem Jugendlichen muss die Möglichkeit gegeben werden, in einem durchlässigen Schulsystem den Bildungsabschluss zu bekommen, den er erreichen kann und will. Daher brauchen wir mittelfristig neben der privaten Fachoberschule eine weitere, insbesondere für die Fachrichtung Technik. Daran werde ich festhalten.

5. Welche konkreten Maßnahmen könnten auf kommunaler Ebene getroffen werden um dem Thema Altersarmut zu begegnen bzw. es zu entschärfen?

Der Landkreis bietet bzw. unterstützt bereits eine Vielzahl von Beratungsangeboten. Die Beraterinnen und Berater müssen künftig auf Personen aktiver zugehen und dabei insbesondere über bestehende Ansprüche und Unterstützungsleistungen informieren. Über neue Informationswege zu den Betroffenen muss nachgedacht werden.

Daneben sollten zukünftig - unter Beachtung der finanziellen Möglichkeiten - Sozialtarife erwogen werden, z.B. bei Nutzungsgebühren für Landkreiseinrichtungen wie auch bei Verhandlungen mit lokalen und regionalen Partnern (z.B. MVV wegen ÖPNV-Tarif).

Der Landkreis muss auch weiterhin ehrenamtliches Engagement (z.B. Dachauer Tafel) unterstützen, um zumindest die Folgen von Armut zu mildern. Langfristig schützt aber nichts besser vor Altersarmut wie eine Berufsleben mit auskömmlichem Einkommen. Deshalb unterstütze ich die Diskussion um einen gerechten Mindestlohn.

6. Die „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ ist für alle Bürger ein Grundbedürfnis. Haben Sie schon Ideen, wie zukünftig möglichst alle - auch finanziell schlechter gestellte - Bürger am gesellschaftlichen Leben teilhaben können? (Kultur, Geselliges, „mal einen Kaffee trinken gehen“, Sport,...)

Hier sind umfangreiche Maßnahmen denkbar und aus meiner Sicht auch umsetzbar, z.B.

- Sozialtarife/-tickets
- kostenlose Kulturangebote
- Förderung/Unterstützung von schulischen Aktivitäten sowie der Vereine
- Zurverfügungstellung von öffentlichen Räumlichkeiten, z.B. für Senioren- oder Jugendtreffen
- Hinwirken auf Kulturanbieter, z.B. kostenlose/verbilligte Restkarten
- kostenloser Zugang zum InterNet (WLAN) an öffentlichen Plätzen im Landkreis

7. Sollte der Landkreis Dachau Ihrer Meinung nach noch mehr Unterkünfte für Asylbewerber zur Verfügung stellen bzw. sich in diesem Bereich engagieren? Würden Sie langfristige Pläne unterstützen, Asylbewerberunterkünfte in das Gemeindeleben der Kommunen im Landkreis zu integrieren? In welcher Weise würden Sie die Integration von Asylbewerbern in ihr neues Lebensumfeld unterstützen?

Die Zuweisung von Asylbewerbern erfolgt durch die Regierung von Oberbayern. Das Landratsamt muss diese Hilfesuchenden als staatliche Aufgabe unterbringen. Es ist beeindruckend, wie viele Gemeinden zwischenzeitlich ihre Bereitschaft gezeigt haben, zu helfen. Das gilt in ganz besonderem Maße für die sehr engagierten ehrenamtlichen Helferkreise in Hebertshausen, Markt Indersdorf oder Schönbrunn, um nur einige zu nennen. Wichtig ist dabei, die einzelne Ortschaft mit der Integration nicht zu überfordern. Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerberinnen und -bewerber brauchen daher eine vernünftige Größe, die auf örtliche Strukturen Rücksicht nimmt. Die Einbindung der "Neubürger" kann auch ein Gewinn für die Gemeinde vor Ort sein (z.B. Feuerwehr, Sport-/Musikverein).

Persönliches Engagement:

- Unterstützung mit Sachspenden/-leistungen
- Förderung der Ehrenamtlichen
- Prüfung, ob/wie einzelne Asylbewerberinnen und -bewerber in Landkreiseinrichtungen beschäftigt werden können

8. Was gehört für Sie zu einem „Leben in Würde“ (bezogen auf das Thema Armut)? Welche Möglichkeiten sehen Sie um mit Ihrem angestrebten politischen Amt ein solches zu fördern?

Zum "Leben in Würde" gehört aus meiner Sicht

- angemessenes Wohnen im bekannten/gewollten Umfeld
- menschliche Begegnungen
- eine gute ärztliche Versorgung und würdevolle Pflege vor Ort
- Teilnahme am gesellschaftlichen Leben/Mobilität
- Zugang zu Informationen und Bildung
- Möglichkeiten zur Kommunikation/InterNet
- Das "Gefühl, gebraucht zu werden"/Wertschätzung
- keine Stigmatisierung bei Inanspruchnahme von Leistungen

Viele der vorgenannten Punkte können vom Landkreis bzw. vom Landrat nicht direkt beeinflusst werden. Daher ist es wichtig, eine gute Verbindung zu den politischen Entscheidungsträgern auf Landes- und Bundesebene zu haben und diese zum Wohle für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises zu nutzen. Ansonsten kann der Landkreis in vielfältiger Weise (s. andere Fragen) unterstützende Hilfen anbieten und die Betroffenen über Ansprüche und Leistungsmöglichkeiten aktiv informieren. Wichtig ist auch die Art der Unterstützung, insb. ohne gesellschaftliche Stigmatisierung.

9. Was wollen Sie nach der kommenden Legislaturperiode in Ihrem Amt für den Landkreis Dachau im sozialen Bereich erreicht haben?

- Ausbau der Bildungslandschaft im Landkreis
- Förderung der Vereine im Landkreis, mit Schwerpunkt in der Jugend- sowie der Seniorenarbeit
- Einführung von Sozialtarifen bei Landkreiseinrichtungen
- Umsetzung wichtiger Elemente des seniorenpolitischen Gesamtkonzepts
- Schaffung eines barrierefreien Landratsamts
- "Wiederbelebung" des sozialen Wohnungsbaus
- Bewusstseinsbildung durch öffentliche Thematisierung (z.B. Fortführung des Armutsberichts, zusammen mit den Gemeinden, Kirchen und Verbänden/Vereinen)
- Einrichtung einer Krippe/Kinderbetreuungseinrichtung am Landratsamt
- Schaffung einer Koordinationsstelle "Ehrenamt"